

# Dresdner Volkszeitung

Vollstreckungsamt: Dresden,  
Raden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten monatlich 620.— M., durch die Post  
besonderen monatlich 620.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich  
150.— M., Einzelnummer 20.— M., Sonntagsnummer 40.— M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Artikellitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Hauptzeile 60.— M., die 3. Spalte  
Reklamezeile 175.— M., auswärts 60.— u. 200.— M., Ausland 500 und 800 M.  
Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und  
Wietgesuche 25 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 15 M.

Nr. 290

Dresden, Donnerstag den 14. Dezember 1922

33. Jahrg.

## Die große Koalition

Mit der Regierung Cuno ist die Debatte über die große Koalition nicht beendet, nicht einmal vertagt worden. Sie geht weiter — in der bürgerlichen wie in der sozialdemokratischen Presse und hat in den letzten Tagen neuen Anstoß bekommen durch eine Broschüre eines unterer Frankfurter Genossen, Prof. Dr. S. Singheimer, eines unterer bekanntesten unter den lebenden Theoretikern des Sozialismus. In dieser Schrift („Große Koalition und Sozialdemokratie“, Uniondruckerei Frankfurt a. M.) sucht Singheimer zu beweisen, daß die Rettung des deutschen Volkes und damit auch der Arbeiterklasse vor allem an vier Voraussetzungen geknüpft sei: 1. Wir müssen die Welt stabilisieren; 2. wir müssen die Produktion steigern, insbesondere auch der Landwirtschaft; 3. einen Neubau des Lebensmittelsvertriebes errichten und 4. zu einer großzügigen Lösung der Reparationsfrage kommen, wozu eine große äußere Anleihe gehört, für die nur Industrie, Landwirtschaft und Handel die Kreditunterlage schaffen könnten. Wer diese Voraussetzungen anerkenne, der müsse auch zugeben, daß sie ohne die Mitwirkung derjenigen Kreise, die zumeist hinter der Deutschen Volkspartei stehen, nicht zu erfüllen seien. Selbst wenn die Sozialdemokratie mit Neuwahlen die Mehrheit im Reichstag gewönne, sei es fraglich, ob sie ohne jene Kreise des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart lösen könne. Darum müßten sich Wirtschaftsführer und Arbeiterklasse zu gemeinsamer Tätigkeit in einer Regierung verbinden. Bis zur Regierung Cuno sei die Partei der Industrie, die Deutsche Volkspartei, von der Regierungsverantwortlichkeit unbeschwert und für alle oppositionellen Wandler frei gewesen, trotzdem die Politik der Arbeitsgemeinschaft nichts anderes gewesen sei, als die Politik der Stinnespartei. So habe die Volkspartei Macht ausgeübt, ohne Verantwortung zu tragen. Auch dieses Doppelspiel werde mit der großen Koalition unmöglich gemacht.

Auf einen ähnlichen Ton und eine ähnliche Beweisführung waren zwei Artikel getrimmt, die Genosse Robert Breuer in den letzten Nummern der Glocke erschienen ließ. Auch hier die Auffassung, Arbeiter, Industrie, Handel und Wirtschaftsführer müßten sich finden, um die dringenden Lebensfragen des deutschen Volkes gemeinsam zu lösen. Die große Koalition sei das Unvermeidliche, es gelte darum, das Unvermeidliche vorzubereiten. Einige sozialdemokratische Blätter stellen sich auf den gleichen Standpunkt, und die bürgerliche Presse schlämmt solche Äußerungen natürlich mit Behagen aus. Es soll diesen Genossen das gute Recht, Anschauungen zu vertreten, die sie gegen die bisherige Politik der Partei wenden, weder bestritten noch geschmäht werden. Aber wenn sie es weniger eilig gehabt hätten, mit der „Vorbereitung des Unvermeidlichen“, so hätten sie erleben können, wie rasch die Zeit manchmal cite wie neue Argumente herbeibringt. Denn die eine Probe auf das Exempel, ob das deutsche Großkapital bereit ist, die Lebensfragen des deutschen Volkes mit einem Minimum von Klassengeiz zu lösen, ist sehr rasch gemacht worden. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wrangte dieser Lage eine gepfeiferte Abgabe an Cunos Erfüllungsangebot: Zu dem deutschen Angebot sei die Industrie nicht befragt, zu dem gebeten, also nicht informiert worden; sie dachte nicht daran, sich an einer inneren Anleihe zur Stabilisierung der Welt und zur Regelung des Reparationsproblems zu beteiligen.

Das heißt: bei der ersten Gelegenheit einer rein bürgerlichen, volksparteilich überführten Regierung ihre Unterstützung durch ein wenig Opferwilligkeit und politische Einsicht zu beweisen, versagen die Großkapitalisten in einer katastrophalen Weise. Der Glaube an die politisch-finanzielle Hilfsbereitschaft unserer Kapitalisten ist der eine Irrtum jener Genossen, die den Gedanken der großen Koalition vertreten, der Glaube an die Kraft und die Fähigkeiten der Wirtschaftsführer ist der andre, nicht minder große Irrtum. Wie weit ihr politischer Idealismus geht, das haben die Abgaben jener Wirtschaftler bewiesen, die Cuno zum Eintritt in sein Kabinett zu bewegen suchte. Wie weit ihre politischen Fähigkeiten reichen, wird sich an Cuno selbst erweisen, der bis zum heutigen Tage eine menschlich nicht unsympathische, politisch aber durchaus schwache Figur gemacht hat. Man kann ein sehr guter Geschäftsmann und braucht deshalb noch lange kein guter Volkswirt, noch weniger ein erfahrener Politiker zu sein. Die Mischung Rathenau in dessen Person sich Wirtschaftspraktiker und Mann der politischen Wissenschaften zu einer wunderbaren Regierung verbunden, existiert in Deutschland nicht wieder. Und wenn wir heute wirklich ein Kabinett der Wirtschaftler befänden, so würde es sich wahrscheinlich bald herausstellen, daß an der Spitze des Reiches ein Kabinett von Persönlichkeiten stünde, die nicht über geklärtliche Dinge hinaussehen und die größeren politischen Zusammenhänge nicht kapieren würden. Aber ihre privaten Geschäftsverbindungen zum Ausland würden sich wahrscheinlich verbessern und erweitern.

Wir meinen, daß manche Genossen der Vereinigten Sozialdemokratie angesichts der unbestreitbar drückenden und schwierigen politischen Verhältnisse der Gegenwart in einen Fatalismus hineingeraten sind, dessen Hochgradigkeit uns unangenehm erscheint. Erich Kuttner trifft durchaus das Richtige, wenn er in der Glocke den parteigenössischen Vertretern der großen Koalition erwidert: Jeder Kampf fordert Nerven, und wer sich durch jedes kleine Symptom, das den Gegnern Vorteile verheißt, sofort entmutigen läßt, gewinnt den Kampf nicht. Sollte es einer bürgerlichen Regierung wirklich gelingen, die Welt zu stabilisieren, so kann das auch die Sozialdemokratie mit Freuden begrüßen, denn es wäre damit eine der dringend-

## Die Galgenfrist

Bis zum 2., vielleicht sogar bis zum 15. Januar haben wir Zeit gewonnen, um durch praktische Vorschläge bei der Entente einen günstigen Boden zu schaffen für die Entscheidung, die dann über uns gefällig oder vielleicht auch nicht gefällig wird (was wahrscheinlich das Schlimmere wäre). Eine Entspannung der Lage ist durch den Abbruch der Londoner Konferenz nicht eingetreten. Nur infolged einer Verschiebung, als die Krise zunächst nicht innerhalb der Entente, sondern in Frankreich ausgebrochen wird.

Bereits Poincarés Versuch, den Abbruch der Londoner Konferenz in letzter Stunde rückgängig zu machen, hieß die Stimmung in Paris ahnen. In der Tat ist man von rechts bis links äußerst unzufrieden über den Mißerfolg, den Poincaré in London erlitten hat. In den gemäßigten Kreisen macht man ihm zum Vorwurf, daß er in seiner Halsstarrigkeit dem Trugbilde der Ruhrbelegung, die Frankreich nach seinem eigenen Zugeständnis finanziell so gut wie nichts einbringen werde, die von England in großzügiger Weise angebotene Annullierung der französischen Schuld geopfert habe.

In den Reihen der Annexionisten und der Schwerindustrie wird ihm vorgeworfen, daß er die angegebene Ruhrbelegung nicht auch ohne die Einwilligung der Entente durchführt und bis zum 15. Januar auf jede Sonderunternehmung verzichtet hat. Am bezeichnendsten für diese Stimmung dürfte sein, daß der Temps, der der Schwerindustrie nahesteht, Poincarés offen fallen läßt.

Poincaré verliert den Ansturm abzuwehren, indem er behauptet, daß er selbst niemals, weder in öffentlichen Reden noch in privaten Unterhaltungen, von der Belegung des Ruhrgebietes gesprochen habe. Dazu schreibt das Oeuvre:

„Soll dies lediglich eine Abschwächung darstellen oder eine neue Wendung der Politik Poincarés vorbereiten? Tatsache ist, daß Poincaré selbst in dem mysteriösen Brieftrag vom 28. November im Einklang so vorzüglich gewesen ist, daß Wort und Gebot nicht auszusprechen, obwohl er kurz zuvor von General Degoutte einen Plan zur militärischen Belegung dieses Gebietes hat ausarbeiten lassen.“

Es ist fraglich, ob Poincaré den Sturm, der in beiden Richtungen gegen ihn toben wird, noch einmal überlebt. Es ist auch fraglich, ob sein etwaiger Sturz zu einer Verschärfung der französischen Politik gegen uns führt — vielleicht unter Kardieu —, oder ob die Richtung Loucheur, die mehr wirtschaftlich eingestellt ist, ans Ruder kommt und damit der Weg zur Vernunft endlich frei werden würde.

Die Krise in Frankreich wird in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der französischen finanziellen Not ausgetragen werden. Da jedoch diese Not auf das Engste mit der Außenpolitik zusammenhängt, dürfte auch die Haltung des Auslandes von Einfluß sein. Englands Standpunkt ist bekannt: gegen die Belegung des Ruhrgebietes, für eine finanziell-wirtschaftliche Lösung der Reparationen. Auch Amerika wird seinen Einfluß nach dieser Richtung hin in die Waagschale werfen. Beachtenswert ist es, daß man auch in Italien, besonders in der Presse, mehr und mehr einseht, welche Gefahren die französischen Pläne auch für Italien haben, und daß man sich gegen die französische Hegemonie (Vormachtst-

stellung) und gegen die untergeordnete Rolle wendet, die Italien dabei zufallen würde.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß auch von deutscher Seite aus — vielleicht sogar in entscheidendem Maße — Einfluß auf die Entwicklung der Dinge in Frankreich ausgeübt werden kann. Alles kommt hier auf eine zielbewusste Tätigkeit der deutschen Regierung an. Noch einmal ist uns eine Gelegenheit gegeben! Rufen wir sie aus. Mit oder ohne Industrie! Die deutsche Arbeiterklasse erwartet, daß Herr Cuno sein Wort von der „Regierung der Arbeit“ wahr macht.

## Der Vorstoß von Stinnes

Die deutschen Industriellen unter der Führung des allgewaltigen Herrn Stinnes haben einen bedeutenden Sieg errungen. Ueber die Entente? Gegen Poincaré? Das nicht aber über die deutsche Regierung. War es ihnen gelungen die Regierung durch echt politische Geheimmethoden um Ruf und Ansehen zu bringen, so fühlen sie sich heute stark genug, ihrem Wirtschaftskollegen Cuno in offener Feindschaft entgegenzutreten, nachdem sie ihm bereits bei der Regierungsbildung völlig im Stich gelassen haben und ihm dafür Ehrentitel wie Herrn Müller, Bonn, zur Verfügung stellten. Der Erfolg des Vorstoßes, den Herr Stinnes in seinem Leitorgan „im Namen der Industrie“ unternahm, zeigt sich bereits. Der Pariser Temps schreibt am Dienstag:

Die deutsche Regierung habe weder Kredit noch Autorität. Das beweise nicht nur die Bilanz der Reichsbank, sondern ganz besonders das gestern von der deutschen Schwerindustrie veröffentlichte Kommuniqué.

Welche Wirkung es für uns hat, wenn das Ausland die deutsche Regierung für zu schwach hält, um ihre Vorschläge auszuführen zu können, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Die Industrie muß endlich Farbe bekennen, inwiefern Herr Stinnes das Recht hat, in ihrem Namen zu sprechen.

Auch sonst wird Herr Cuno sich gegenüber dem industriellen Vorstoß nicht mit der platonischen Erklärung begnügen können, „daß er als Chef der Regierung sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lasse“. Soll doch bei den fortwährenden deutsch-englischen Anleiheverhandlungen die englische Regierung angefragt haben, ob die deutsche Industrie unter Umständen geneigt sei, eine Anleihe zu garantieren und unter welchen Bedingungen.

Nun, Herr Stinnes, heraus mit den Bedingungen! Den Zehnstunden-Stinnes-Tag kennen wir bereits. Die Erhöhung der Preise setzen wir als „selbstverständlich“ voraus. Wie wär's mit dem Reichsfanzlerposten, den das Zentrumorgan, die Germania, Ihnen bereits anbietet? (Der Präsidentenposten steht zur Zeit leider nicht zur Verfügung!) Wie wär's mit einer „Erfassung der Menschen“ (statt Erfassung der Sachwerte) nach dem Muster der „Hilfsdienstpflicht“ aus den seligen Zeiten der Hohenzollern? Und dann die Hauptfrage bei dem Geschäft: Zu wieviel Prozent?

sten und wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes geht. Aber auch zur eine; es bleiben noch genug, die für eine bürgerliche Regierung ohne Mithilfe der sozialdemokratischen Arbeiterklasse unlösbar sind.

Wir sind fern davon, das Niemals mit der Deutschen Volkspartei aufzustellen. Revolutionäre Zeiten wie die gegenwärtigen, die alle Schichten zerstampfen und neue Schichten emporheben, arbeiten an der Wandlung der Menschen wie der Parteien mit unerbittlicher Logik. Und nachdem Zentrum, Demokraten und Volkspartei in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeflohen sind, nachdem die Volkspartei auf die beiden andern Bündnispartei den entscheidenden Einfluß erlangt hat, besteht der Unterschied zwischen Demokraten und Volkspartei höchstens darin, daß manche führende Volksparteiler einen weiteren volkswirtschaftlichen Horizont aufweisen als führende Demokraten, daß dagegen die Demokraten sich grundsätzlich zur Republik bekennen, während die Volkspartei lediglich auf dem Boden der gegebenen Tatsachen steht und einen Flügel hat, der sehr gelegentlich mit der republikanischen Idee kollidiert. Solange die Volkspartei diese halbmonarchistische Färbung zeigt, hätte die große Koalition sozuzunehmen den monarchistischen Feind im Hause. Und da Genosse Breuer in einem seiner Artikel jüngst schrieb: „Die Sozialdemokratie kann Politik nur machen mit Parteien, die entschlossen sind, die Republik bedingungslos zu schützen und jeden, der gegen die neue Staatsform und deren Diener Gewalt anwendet, mit der vollen Schärfe des Gesetzes zu treffen“ — so müßten er und andre Genossen von dieser These aus ohne Schwierigkeiten zu der Überzeugung kommen, daß das „Unvermeidliche“ denn doch vermieden werden muß. Die Leipziger Volkszeitung schrieb in einem Leitartikel in ihrer Freitagsnummer vom 8. Dezember:

Die jetzigen Koalitionsparteien haben 178 Mandate, die Sozialdemokratie hat auch 178 Mandate. Wollen die bürgerlichen Koalitionsparteien der Sozialdemokratie die Hälfte der Regierungsgewalt einräumen? Und unter welchen Voraussetzungen? Das sollten die Blätter dieser Parteien einmal besprechen und dann siehe sich mit ihnen über politische Nachbeteilung überhaupt erst diskutieren.

In dieser Stelle erscheint uns das Wesentliche des Koalitionsproblems herausgehoben. Sofern die Sozialdemokratie sich in eine neue Regierung mit Bürgerlichen zusammenschließt, so wird sie das nur tun können, wenn sie mit Eintritt in eine Koalitionsregierung den wertvollsten Massen besser dienen kann als mit der Oppositionsstellung, und mit verstärktem Einfluß in die Ministerien einzugehen wäre der Zeitpunkt gekommen, so hätten wir den bürgerlichen Parteien unsere Bedingungen zu unterbreiten. Würde uns ein Weiterverweilen noch bisherigen Rezepten zugemutet, so bliebe für uns der Kampf außerhalb der Regierung fruchtbarer als das Hin- und Hergerate innerhalb eines gemischten, allzu gemischten Kabinetts.

Herrmann Müller hat im Reichstagsorgane als Sprecher der Sozialdemokratie unsere Mitbeteiligung am Kabinett Cuno knapp unterstrichen: „Wenn die Sozialdemokratie kein sagt, so gilt dieses Nein!“ — Das Nein ist gebrochen; also hat es zu gelten. Die weitere Diskussion der Koalitionsfrage erscheint uns überflüssig, solange nicht neue Tatsachen vorliegen.

## Krise in Lausanne

Auf der Orientkonferenz in Lausanne ist es bei Beratung der Weizsäckerfrage zu einem Zerwürfnis mit den Russen gekommen. Im Sachverständigenauschuß wurde nämlich ein Projekt erwogen, das die Entmilitarisierung einer Zone um die Meerengen betrifft, das man den Russen aber vorher nicht mitgeteilt hatte. Die Russen verließen die Sitzung als Protest und forderten in einer Erklärung, daß die Meerengenfrage nicht in zwei Beratungen getrennt werde und die Russen zu allen Sitzungen und Verhandlungen über die Meerengenfrage vollberechtigt zugelassen werden. Eine Entscheidung ist noch nicht gefaßt.

Bei Beratung des Rinderpestschusses und des Bevölkerungsaustausches schlug Lord Curzon eine Regelung vor, die die Mitwirkung des Völkerbundes vorzöge. James-Clark lehnte die Zulässigkeit einer Einmischung des Völkerbundes rundweg ab. Die Türkei, betonte er, sei ein souveräner Staat und müsse als solcher verlangen, daß alle Menschen, die auf türkischem Gebiet leben, die türkischen Gesetze beachten. Eine Einmischung des Völkerbundes werde nicht gebildet werden.